

Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Inhaltsverzeichnis

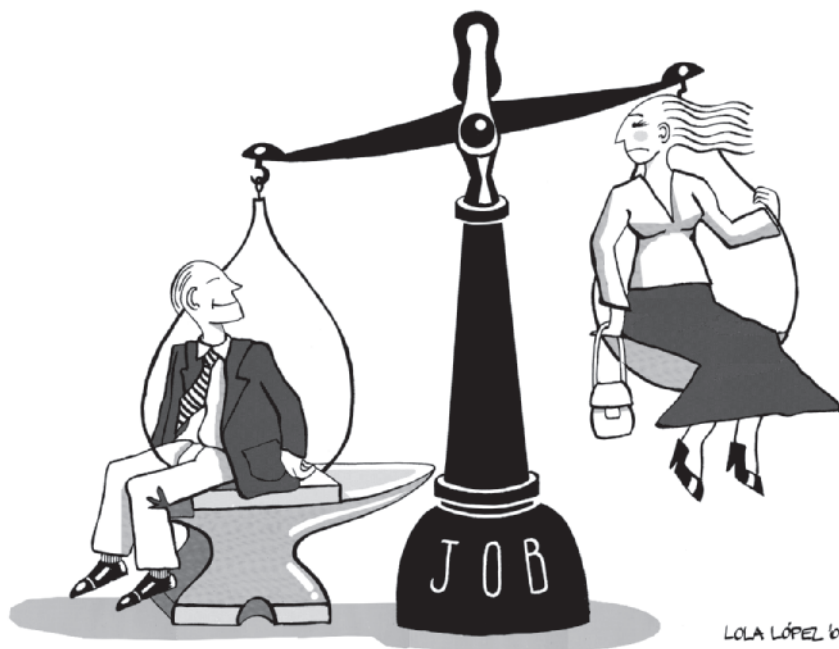
- 1 Von Gleichberechtigung weit entfernt**
Weltbevölkerungsbericht 2005
- 4 Der Faktor des Alterns in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit**
- 6 Nachwuchs kann auch 60 sein**
Entwicklungszusammenarbeit mit Senior-Experten
- 7 Weltkommission fordert kohärente Migrationspolitik**
- 9 Immer mehr Menschen – immer weniger Trinkwasser?**
Auftakt zur UN-Wasserdekade
- 11 60 Jahre Vereinte Nationen**
Die Zivilgesellschaft im politischen System der Weltgesellschaft
- 12 Handeln für soziale Gerechtigkeit**
Social Watch Report Deutschland 2005
- 12 Über die rassistische Natur der Bevölkerungsdebatte**

Von Gleichberechtigung weit entfernt Weltbevölkerungsbericht 2005

Mehr Gleichberechtigung der Geschlechter mindere die Armut, rette Leben und verbessere die Gesundheit, betont der diesjährige Bericht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Unter dem Titel "Das Versprechen der Gleichberechtigung" beleuchtet der Weltbevölkerungsbericht 2005 Zusammenhänge zwischen Armut, der (Un-)Gleichbehandlung der Geschlechter, Menschenrechten, reproduktiver Gesundheit, humanitären Krisen und der Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen. Auch geht der Bericht auf die wichtige Rolle ein, die die heutige, bislang größte lebende Generation junger Menschen bei der künftigen Entwicklung der Menschheit spielt.

Die Bilanz des neuen Weltbevölkerungsberichts überrascht nicht. Nach wie vor zeige sich ein erschreckendes Ausmaß an Ungleichbehandlung, mit verheerenden Folgen für Frauen in allen Lebensbereichen. Wie wichtig die Stärkung der Rechte und Chancen von Frauen im Entwicklungsprozess ist, haben nicht nur die

Weltfrauenkonferenz von Peking und die Kairoer Weltbevölkerungskonferenz deutlich gemacht. Auch als Millenniums-Entwicklungsziel ist sie verankert. Doch der Weg zu einer tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau erscheint in vielen Gesellschaften noch unendlich weit.



Zeitschrift Entwicklungspolitik/Loreto Lopez Rodriguez, Chile

Das gilt für die wirtschaftlichen und Arbeitsrechte von Frauen, die einen Großteil ihrer Arbeit unbezahlt im Haushalt und in der Landwirtschaft leisten, oder unterbezahlt in oft prekären Arbeitsverhältnissen. Ihr Einkommen ist nicht nur niedriger, sie haben auch weniger Rechte auf Land und bekommen seltener Kredite. Um Frauenrechte umzusetzen, müssen Wertesysteme, die Diskriminierung aufrechterhalten und legitimieren, verändert werden. Das gilt auch für den zentralen Schwerpunkt des Weltbevölkerungsberichts: die reproduktiven Rechte von Frauen, insbesondere den Zugang zu Familienplanung und den Schutz vor HIV/Aids.

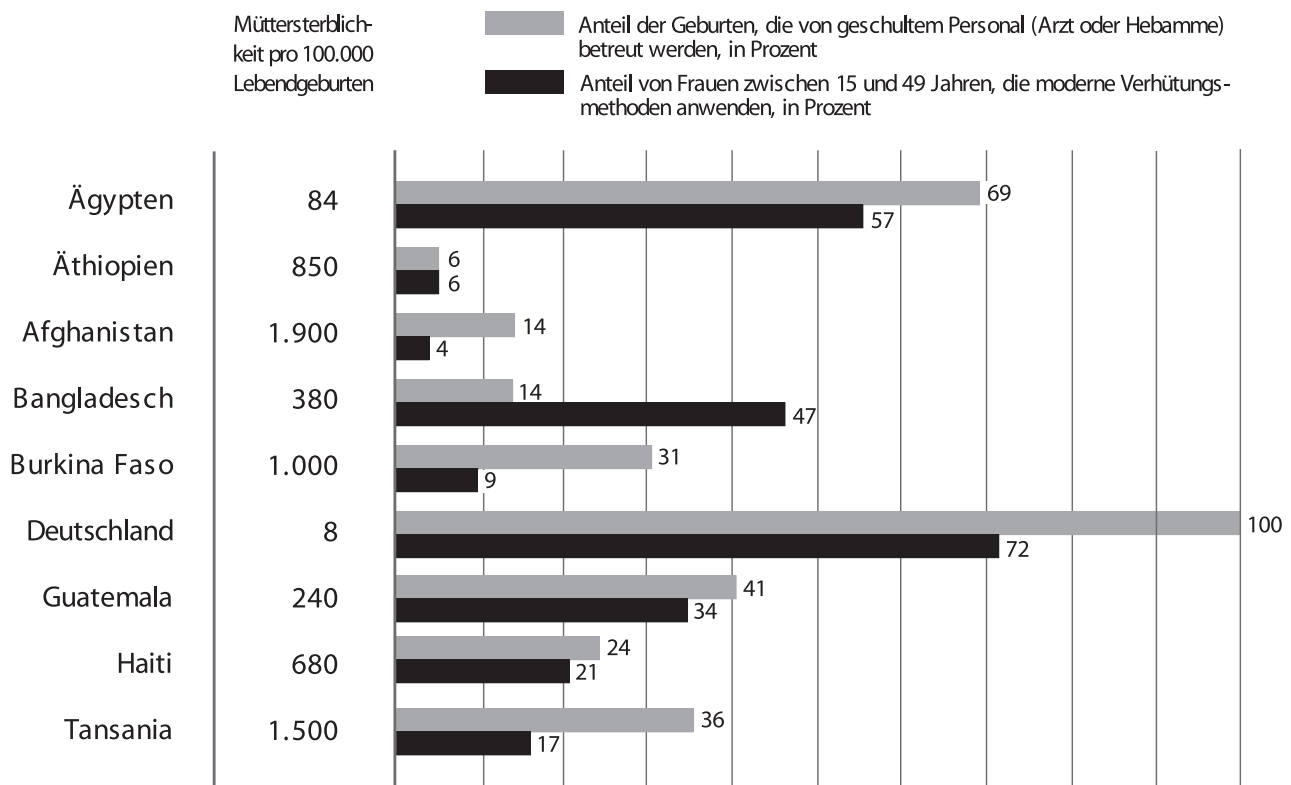
Bedarf an Verhütungsmitteln

Wie in jedem Jahr zeigt UNFPA die Versorgungslücken in diesen Bereichen auf. So habe die Nachfrage nach Kondomen zugenommen, was zu ernsthaften Versorgungsengpässen geführt habe, vor allem in den Ländern, die am stärksten von HIV/Aids betroffen sind. Im Jahr 2003 standen aus Spendengeldern in Afrika südlich der Sahara für jeden Mann nur sechs Kondome zur Verfügung. Länder wie Brasilien, China und Indien decken ihren Bedarf an Verhütungsmitteln aus eigener Kraft. Viele ärmere Länder aber müssen sie importieren. Die Kosten für Verhütungsmittel und Kondome werden

zwischen 2004 und 2015 von einer Milliarde auf 1,6 Milliarden US-Dollar pro Jahr steigen, schätzt UNFPA.

Doch nur eine bessere Verfügbarkeit von Kondomen einzufordern, würde zu kurz greifen. Neben mangelnder Bildung und Aufklärung ist die schwache Verhandlungsposition von Frauen in sexuellen Fragen ein Hauptgrund, warum sie nicht darüber entscheiden können, wie viele Kinder und zu welchem Zeitpunkt sie Kinder haben möchten. In den wenigsten Fällen können Frauen die Benutzung von Kondomen einfordern. Das hat dazu geführt, dass mittlerweile annähernd die Hälfte der etwa 40 Millionen HIV-Infizierten Frauen sind, in Afrika südlich

Betreute Geburten und Familienplanung als Indikator für Müttergesundheit



Grafik: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
Quelle: Weltbevölkerungsbericht 2005



Zeitschrift Entwicklungspolitik/Christo Komarnitski, Bulgarien

der Sahara bereits 57 Prozent. Viele Frauen sind Opfer von Gewalt. Weltweit wird jede dritte Frau geschlagen, zu sexuellen Handlungen gezwungen oder missbraucht.

HIV-Risiko Ehemann

Für die meisten HIV-infizierten Frauen war aber der einzige Risikofaktor, sich anzustecken, ihr Ehemann. Dies gilt nach Daten von UNFPA für 60 bis 80 Prozent der HIV-infizierten Frauen in Afrika südlich der Sahara, für 50 Prozent im Senegal, 55 Prozent in Marokko, 75 Prozent in Thailand und 90 Prozent in Indien. Viele verheiratete Frauen riskieren lieber eine HIV-Infektion, als ihre Männer zu bitten, ein Kondom zu benutzen und sie mit dem Thema Untreue zu konfrontieren, heißt es im Weltbevölkerungsbericht. So ist auch das Fazit eindeutig: Eine Veränderung des männlichen Verhaltens ist entscheidend, um die Ausbreitung von HIV/Aids zu stoppen.

Männer einzubeziehen, ist für das Erreichen von Gleichberechtigung unabdingbar. Deshalb widmet der Bericht diesem Bereich ein ganzes Kapitel. Er betont aber auch weiterhin die Bedeutung der Bildung von Frauen und Mädchen als Schlüssel zu wirtschaftlichen Chancen, besserem Zugang zu reproduktiver Gesundheit und Familienplanung, Kenntnissen über HIV/Aids und einer selbstbewussteren Position von Frauen zum Schutz vor männlicher Gewalt und weiblicher Genitalverstümmelung. Mit jedem Jahr (Schul-)Bildung der Mutter sinke die Sterblichkeit ihrer Kinder um fünf bis zehn Prozent. Familienplanung verhindere ungewollte Schwangerschaften, senke die Abtreibungsquoten und könnte etwa 20 bis 35 Prozent aller Fälle von Müttersterblichkeit verhindern.

Todesursache: Schwangerschaft

Jedes Jahr gibt es nach Schätzung von UNFPA allein in den Entwicklungsländern 76 Millionen ungewollte Schwangerschaften. 19 Millionen enden mit einer unsicheren Abtreibung. Jährlich sterben mehr als 500.000 Frauen an den Folgen einer Schwangerschaft, Abtreibung oder Geburt, 99 Prozent von ihnen in Entwicklungsländern. In keinem anderen Gesundheitsbereich sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich so offensichtlich wie bei der reproduktiven Gesundheit. Das gilt sowohl innerhalb einzelner Länder als auch zwischen verschiedenen Ländern. In Afrika südlich der Sahara beträgt das Risiko einer Frau, an Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt zu sterben, 1:16. In den Industrieländern liegt dieses Risiko nur bei 1:2.800.

Wirtschaftswachstum dank „demografischem Bonus“

Der Weltbevölkerungsbericht ergänzt die Menschenrechtsdimension um eine ökonomische: Durch Diskriminierung werde verhindert, dass Mädchen und Frauen ihre Potenziale voll ausschöpfen. Gezielte Investitionen in ihre Bildung und Gesundheit und in ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie die Verwirklichung ihrer politischen Rechte können das Wirtschaftswachstum und Entwicklung fördern. Auch Familienplanung kann sich „rechnen“: Sinkende Fertilitätsraten führen dazu, dass der Anteil von Menschen im produktiven Alter an der Gesamtbevölkerung steigt. Es müssen im Verhältnis weniger alte Menschen und Kinder versorgt werden, so dass mehr in die Gesundheit und Bildung jedes einzelnen Kindes investiert werden kann. Durch diesen „demografischen Bonus“ könnte die Armut in Entwicklungsländern in den nächsten zehn Jahren um bis zu 14 Prozent zurückgehen.

Christina Kamp

Weltbevölkerungsbericht 2005. Das Versprechen der Gleichberechtigung: Gleichstellung der Geschlechter, reproduktive Gesundheit und die Millennium-Entwicklungsziele.

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hannover, 2005, 142 Seiten, ISBN 3-930723-44-1. 10,90 EUR.

Englische Originalausgabe: State of World Population 2005. The Promise of Equality: Gender Equity, Reproductive Health and the Millennium Development Goals.

United Nations Population Fund (UNFPA), New York, 2005, 124 S., ISBN 0-89714-750-2, 15,00 EUR.

Bezug:

UNO-Verlag

August-Bebel-Allee 6

53175 Bonn

Tel: 02 28 / 94 90 2-0

Fax: 02 28 / 94 90 2-22

E-mail: bestellung@uno-verlag.de

Internet: www.uno-verlag.de

Der Faktor des Alterns in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Im 20. Jahrhundert bewirkten demografische Veränderungen eine Erhöhung der Lebenserwartung – mit dem Ergebnis, dass unsere Welt während des 21. Jahrhunderts rasch altern wird. So wurde das 21. Jahrhundert bereits "das Zeitalter des Alterns" genannt. Am stärksten wird die Lebensdauer in den Entwicklungsländern zunehmen. Wie der wachsende Anteil älterer Menschen und der rückläufige Anteil von Kindern die Altersstruktur der Bevölkerung verändern wird und welche Herausforderungen sich daraus ergeben, erläuterte Frederick F. Fenech vom Internationalen Instituts für Fragen des Alterns in Malta auf der Fachtagung „Weltbevölkerung, Millenniumsziele und Entwicklungszusammenarbeit“ Anfang März 2005 in Bonn, die von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) mit veranstaltet wurde.

Der Anteil älterer Menschen wird bis zum Jahr 2020 von acht Prozent auf 19 Prozent steigen, während der Anteil der Kinder von 33 Prozent auf 22 Prozent fallen wird. Mit dieser allmählichen Alterung der Bevölkerung geht die Entstehung einer "vierten Generation" – der über 80-Jährigen – einher. Für die Entwicklungsländer wird erwartet, dass ihre Bevölkerung in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts schneller altern wird. Zwar entfällt in absoluten Zahlen die Mehrheit der älteren Menschen der Welt auf die Entwicklungsregionen, berücksichtigt man jedoch das relative Gewicht der älteren Bevölkerung, dann sind die entwickelten Ländern nach wie vor entschieden älter. Da die Geburtenraten bereits so niedrig sind, dass ein weiterer Rückgang kaum noch möglich ist, entwickelt sich die sinkende Sterblichkeit in der ältesten Bevölkerungsgruppe zum ausschlaggebenden Faktor für die Alterung der Bevölkerung. Der medizinische Fortschritt trägt zu dieser Entwicklung bei. Es muss jedoch betont werden, dass die weitaus meisten älteren Menschen auch

in diesem späten Lebensabschnitt körperlich fit bleiben. Ihr Älterwerden vollzieht sich unter guten Bedingungen in punkto Gesundheit, Selbständigkeit und Produktivität. Eine Minderheit älterer Menschen mit chronischen Krankheiten sowie die wachsende Zahl der Menschen, die ein sehr hohes Alter erreichen, erhöhen die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegediensten, und zwar in einem Lebensabschnitt, in dem sie weniger auf die Hilfe von Familienangehörigen zählen können.

Fehlende soziale Sicherheit

In den entwickelten Ländern leben die älteren Menschen überwiegend in städtischen Gebieten, in den Entwicklungsländern dagegen überwiegend auf dem Land. Auf Grund der wachsenden Industrialisierung wird es wahrscheinlich in den nächsten beiden Jahrzehnten zu einer weiteren Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Städte kommen. Diese Veränderungen werden zu großen Belastungen für die traditionellen Unter-

stützungssysteme führen, die bisher Hilfe für die Älteren leisteten. In vielen Entwicklungsländern gibt es kein Netz der sozialen Sicherung, auf das sich alte Menschen verlassen könnten. Somit bedeutet in diesen Ländern eine Verlängerung der Lebensdauer, dass die Menschen länger in Armut leben. Gerade in den Entwicklungsländern mit hohen Armutsrisiken wird die ältere Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren am schnellsten wachsen. In Afrika südlich der Sahara wird sie um 48 Prozent zunehmen, verglichen mit 30 Prozent in den Industrieländern. Innerhalb der für die Millenniums-Entwicklungsziele festgelegten Zeitspanne (bis 2015) werden die Entwicklungsländer einen Anstieg ihrer älteren Bevölkerung um mehr als die Hälfte erleben.

Die rasche Alterung unter Armutbedingungen ist ein Entwicklungsproblem. Ältere Menschen in Afrika südlich der Sahara sind besonderen Risiken ausgesetzt, weil die demografische Struktur sich auf einzigartige Weise verändert: durch HIV/AIDS sterben so viele Erwachsene im produktivsten Lebensalter, dass das traditionelle Sicherheitsnetz der familiären Unterstützung gefährdet ist. Breit angelegte politische Maßnahmen sind erforderlich, um eine bessere Bewältigung dieser Belastungen zu ermöglichen.

Historisch gesehen haben Frauen nicht immer länger gelebt als Männer. Durch wirtschaftliche Entwicklung und soziale Veränderungen wurden die wichtigsten Risiken für die Gesundheit der Frauen überwunden. Mit zunehmendem Alter überwiegt allerdings der Anteil der Frauen. In der Gruppe der über 80-Jährigen ist er am höchsten. Dabei sind die Probleme, denen sich diese Frauen gegenüber sehen, zu einem erheblichen Teil die Probleme

Fakten zum Altern

- ① Im Jahr 2000 waren 600 Millionen Menschen (zehn Prozent der Weltbevölkerung) älter als 60 Jahre. Bis 2025 werden es 1,2 Milliarden und bis 2050 zwei Milliarden (21 Prozent der Weltbevölkerung) sein.
- ① Heute leben rund zwei Drittel aller älteren Menschen (375 Millionen) in den Entwicklungsländern. Im Jahr 2025 werden es 75 Prozent sein (850 Millionen) und 2050 ca. 79 Prozent (1,5 Milliarden). Im Jahr 2000 betrug die Anzahl älterer Menschen in den entwickelten Länder 232 Millionen, bis 2050 wird ein Anstieg auf 394 Millionen erwartet.
- ① In der entwickelten Welt bilden die über 80-Jährigen die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe.
- ① Frauen leben in praktisch allen Gesellschaften länger als Männer; infolgedessen beträgt in der Gruppe der sehr alten Menschen das Verhältnis Frauen zu Männer 2 zu 1.

aller älteren Menschen. Frauen in der Altersgruppe über 75 Jahre sind häufig verwitwet und verfügen über geringe finanzielle Mittel. Während in den entwickelten Ländern die große Mehrheit der älteren Frauen die Anpassung an den Witwenstand relativ gut bewältigt, sind in den Entwicklungsländern ältere Frauen fast immer von ihren Familien abhängig. Witwenschaft bleibt einer der Hauptfaktoren im Zusammenhang mit Armut, Einsamkeit und Isolierung. Ältere Frauen sind auf Grund geschlechtsspezifischer Unterschiede in Bezug auf Lebenserwartung und Krankheitsanfälligkeit sowie auf Grund der im Laufe ihres Lebens erfahrenen Geschlechterungleichheit besonders anfällig für Behinderungen. Auf UN-Konferenzen ausgearbeitete internationale Aktionspläne legen den Ländern nahe, ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Beseitigung der Diskriminierung zwischen Männern und Frauen zu überprüfen. In den entwickelten wie in den Entwicklungsländern widmen nichtstaatliche Organisationen und Frauenorganisationen den dringenden Problemen älterer Frauen immer mehr Aufmerksamkeit. Es gibt einige ermutigende Beispiele dafür, dass ältere Frauen selbst Gruppen zur Vertretung ihrer Interessen bilden und Projekte verwirklichen, die zu mehr Selbstbestimmung und besserer Lebensqualität führen.

Herausforderungen an die Sozialpolitik

So notwendig demografische Daten für politische Handlungskonzepte und Aktionsprogramme auf dem Gebiet des Alterns sind, so entscheidend sind die sozialen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf die Gesellschaft, die Institutionen und den Dienstleistungssektor. Die nächste Generation älterer Menschen wird sich mit den Veränderungen auseinander setzen müssen, die durch den rasanten technischen Fortschritt bewirkt wurden. Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Diskriminierung und Zugang zu Dienstleistungen sind Bereiche, in denen angesichts einer alternden Bevölkerung neue Herausforderungen entstehen. Die Regierungen müssen also auf wesentlich breiterer

Notwendige Maßnahmen zum Umgang mit Fragen des Alterns

1. Das Altern sollte in jedem Land zu einem festen Bestandteil eines umfassenden nationalen Entwicklungsprogramms werden, an dem die Älteren aktiv mitwirken. Die Länder sollten bei der Festlegung nationaler Zielvorgaben für die Älteren unterstützt werden.
2. Die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf die Wirtschaft sollten erforscht werden. Es sollten nach Alter aufgeschlüsselte Daten über die sozio-ökonomische Situation älterer Menschen erhoben und analysiert werden.
3. Die Ausbildungsmöglichkeiten sollten ausgeweitet und es sollte ein Programm für Bildung und lebenslange Weiterbildung eingerichtet werden. Die nichtstaatlichen Organisationen sollten bei ihrer Arbeit den Internationalen Aktionsplan von Madrid und seine Inhalte stärker bekannt machen.
4. Die bestehenden Gesetze sollten evaluiert werden. Falls erforderlich, sollten neue ausgearbeitet werden, die den Anliegen älterer Menschen Rechnung tragen und auch ihrer Benachteiligung entgegenwirken, indem sie Diskriminierung bekämpfen.
5. Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, internationale Organisationen und Geber sollten sich gemeinsam darum bemühen, einen Mechanismus zur besseren Koordinierung von Politik und Praxis zu schaffen. Bewährte Praktiken sollten systematisch weitergegeben werden.
6. In jedem Land sollte es ein nationales Komitee für das Altern geben, das die Aufgabe hat, die Interessen älterer Menschen zu wahren.
7. Die älteren Menschen sollten in der Lage sein, weiterhin Einkommen schaffende Tätigkeiten auszuüben und so zum wirtschaftlichen Fortschritt ihres Landes beizutragen.
8. Eine gesunde Lebensweise im Alter sollte gefördert werden.
9. Die äußerst wichtige Rolle, die ältere Menschen in ihrer Familie und in ihrer Gemeinschaft wahrnehmen, sollte anerkannt und unterstützt werden.
10. Es sollten Maßnahmen zur Unterstützung der Einkommenssicherheit und des sozialen Schutzes sowie zur Verringerung und Verhütung von Armut ergriffen werden.

Basis darüber nachdenken, wie sie den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden können.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir unsere Einstellung dem Altern gegenüber von Grund auf ändern. Es geht immer weniger um Abhängigkeit an sich, sondern darum, die Verkettung von Alter und Abhängigkeit aufzubrechen und ältere Menschen zu ermutigen und dabei zu unterstützen, eine aktivere Rolle in der Gesellschaft zu spielen. Überall auf der Welt verzeichnen Länder eine Verlangsamung des Wachstums der erwerbstätigen Bevölkerung. In den entwickelten Ländern müsste der Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung eine erhöhte Mitwirkung älterer Menschen erfordern. Um diesen Herausforderungen gerecht

zu werden, sollte die Frage des Alterns nicht isoliert behandelt werden, sondern fester Bestandteil umfassender nationaler Entwicklungsprogramme sein, die die Kulturen und Traditionen eines jeden Landes berücksichtigen. Jedes Land muss selbst herausfinden, welche Kombination politischer Handlungskonzepte für seine Situation am wirksamsten ist.

Der Aktionsplan von Madrid

Während der Zweiten Weltversammlung über das Altern, die 2002 von den Vereinten Nationen in Madrid abgehalten wurde, bekräftigte die internationale Gemeinschaft die Rolle der Älteren in der Gesellschaft. Betont wurden unter anderem ihre Mitwirkung an den Entwicklungsanstren-

gungen, die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung älterer Menschen, die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung der Armut, der volle Genuss der Menschenrechte, die Bereitstellung von Gesundheitsversorgung und sozialem Schutz und der Zugang dazu. Der Aktionsplan von Madrid unterstreicht, dass seine Durchführung nachhaltige Maßnahmen erfordern würde, die den demografischen Veränderungen Rechnung tragen. Um die Durchführung des Aktionsplans zu erleichtern, wäre es ein wichtiger Schritt, die Anliegen und Probleme älterer Menschen systematisch in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken und für ihre durchgängige Berücksichtigung auf der breiteren politischen Agenda zu sorgen. Verschiedene UN-Programme und -Sonderorganisationen sowie nichtstaatliche Organisationen bemühen sich, die Anliegen älterer Menschen im gesamten Spektrum ihrer Tätigkeiten zu berücksichtigen. Ziel des Instituts für Fragen des Alterns in Malta ist es, Ausbildungsprogramme durchzuführen, um den Ausbildungsbedarf der Entwicklungsländer zu decken und die Menschen zur Entwicklung geeigneter Politikkonzepte in verschiedenen Bereichen des Alterns zu befähigen. In

allen Programmen des Instituts spielen die Empfehlungen des Internationalen Aktionsplans von Madrid eine wichtige Rolle. Es wird Wert auf ein aktives Altern gelegt, unterstützt durch eine Politik der Teilhabe älterer Menschen und ihrer Integration in die Gesellschaft. Durch Solidarität zwischen den Generationen tragen die Älteren zur Schaffung einer Gesellschaft für alle Altersgruppen bei.

Altern als Chance

Um die Gesellschaft auf die Herausforderung vorzubereiten, die von einer alternden Bevölkerung ausgeht, muss eine nationale Strategie vorhanden sein, die sicherstellt, dass die Ziele des aktiven Alterns erreicht werden. Zu den Problemen, vor denen die Länder stehen, gehören fehlende Mittel, unzureichende Ausbildung des Personals, das die politischen Handlungskonzepte umsetzen soll, sowie Personalmangel. Selbst wenn die Alterung der Bevölkerung nicht unbedingt dazu führt, dass der Anteil älterer Menschen mit schlechter Gesundheit zunimmt, so ist doch so gut wie sicher, dass ihre absolute Zahl steigen wird. Dies wird zu erhöhten sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen an Einzelpersonen, Fami-

lien, Gemeinschaften und Nationen führen sowie zu beträchtlichen Auswirkungen auf die formelle und informelle soziale Betreuung und auf die Finanzierung der medizinischen Dienste im Allgemeinen. Die Bereitstellung von Basisgesundheitsdiensten ist daher unerlässlich.

Älteren Menschen gegenüber herrscht häufig das Vorurteil, sie seien passiv und hilflos, während in Wirklichkeit die Mehrheit der in den entwickelten und in den Entwicklungsländern lebenden älteren Menschen viel gesünder ist als angenommen. Ältere Menschen müssen als wertvolle Ressource betrachtet werden – sie verfügen über einen Reichtum an Wissen und Erfahrungen, der zum Vorteil der Gesellschaft als Ganzes eingesetzt werden kann. Wir müssen uns alle darum bemühen, dass diese wertvolle Ressource nicht vergeudet wird. Das Altern ist keine Bedrohung, sondern eine Chance.

Frederick F. Fenech

Prof. Frederick F. Fenech ist Direktor des Internationalen Instituts für Fragen des Alterns, Vereinte Nationen, Malta.

*Übersetzung aus dem Englischen:
Gabriele Lassen-Mock, Berlin*

„Nachwuchs kann auch 60 sein“ Entwicklungszusammenarbeit mit Senior-Experten

Das zunehmende Altern der deutschen Bevölkerung mit steigender Lebenserwartung und immer mehr „rüstigen Rentnern“ stellt sich für die Entwicklungszusammenarbeit als neue Chance dar. Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland Mitte April in Bonn diskutierten Fachleute mit „Un-Ruheständlern“ über Möglichkeiten eines Engagements in der Entwicklungs- und Eine Welt-Arbeit.

Dass in anderen kulturellen Umgebungen das Alter ein besonders hohes Ansehen hat, lässt Senioren zu idealen Akteuren der Entwicklungsarbeit werden, so der Tenor. Ihr Erfahrungshintergrund mache sie zu ernst zu nehmenden Gesprächspartnern, Lehrern oder Führungspersönlichkeiten. Auf Anfrage von hauptsächlich Klein- und mittelständischen Unternehmen im In- und Ausland vermittelt der Senior Experten Service (SES) Fachleute, die ihr Berufsleben hinter sich haben. Fast 6.600 Senior-Experten seien beim SES registriert, so Helmut Klein vom SES in Bonn. Zunehmend würden von den Auftraggebern auch kaufmännische Qualifi-

kationen nachgefragt, der Technik-Trend nehme ab. Dass aktuelles Wissen und Kenntnisse für einen Einsatz wichtig sind, sei nur ein Grund dafür, dass SES-Einsätze jenseits der 80 allerdings nicht mehr möglich sind, erläutert Klein. Ein weiterer Grund ist pragmatischer Natur: „Die Versicherungen werden dann extrem teuer.“ Die Kosten für Reisen, Unterkunft und Verpflegung sowie ein Taschengeld von maximal 15 Euro am Tag werden bei SES-Auslandseinsätzen in der Regel vom Auftraggeber getragen. Bei Anfragen von mittellosen sozialen Einrichtungen hilft ein Förderverein. Im vergangenen Jahr konnte der SES 1.320 Einsätze im Aus-

land vermitteln. Zu den Schwerpunktländern gehören Äthiopien und China, aber auch osteuropäische und GUS-Länder. Dabei seien es nicht nur die Einsatzländer, die von der Erfahrung der Senioren profitieren. Ihr Wissen über Unternehmen im Ausland sei zudem sehr wertvoll für die deutsche Wirtschaft. Die Einsatzmöglichkeiten seien enorm vielfältig, betonte Klein: „Es gibt keine Aufgabenstellung, die wir uns nicht vorstellen können“.

Christina Kamp

Weitere Informationen im Internet:
www.ses-bonn.de

Weltkommission fordert kohärente Migrationspolitik

Die internationale Gemeinschaft hat es bisher versäumt, das Potenzial internationaler Migration voll auszuschöpfen und sich den Chancen und Herausforderungen, die die Migration mit sich bringt, zu stellen. Dies erklärt die Weltkommission für Internationale Migration (Global Commission on International Migration - GCIM) in ihrem Abschlussbericht, den sie am 5. Oktober in New York UN-Generalsekretär Kofi Annan vorgelegt hat. Eine effektivere Steuerung der Migration auf nationaler, regionaler und globaler Ebene braucht nach Auffassung der Kommission größere Kohärenz, konzeptionelle und organisatorische Kompetenz und Kooperation.

Zur Rolle von Migranten im entstehenden globalen Arbeitsmarkt schlägt die Kommission vor, dass Menschen ermöglicht werden soll, auf Grund freier Wahl und persönlicher Entscheidung auszuwandern und nicht, weil sie dazu gezwungen sind. Es soll ihnen ermöglicht werden, dies auf sichere und legale Weise zu tun, nicht zuletzt weil ihre Fähigkeiten geschätzt und von den Aufnahmegesellschaften gebraucht würden.

Kohärente migrationspolitische Handlungskonzepte sollten sowohl in Entwicklungs- als auch in Industrieländern ein integraler Bestandteil der nationalen, regionalen und globalen Strategien zum Wirtschaftswachstum werden. Dabei sollten die Migrationsströme zwischen

Arbeit exportierenden und importierenden Ländern so gestaltet werden, dass die Rechte der Migranten nicht unterlaufen werden.

Weiterhin sollten nach Auffassung der Kommission Diasporas dazu ermutigt werden, die Entwicklung in ihren Herkunftsländern durch Geldanlagen und Investitionen zu fördern und sich an transnationalen Wissensnetzwerken zu beteiligen. Hinsichtlich der irregulären Migration empfiehlt die Kommission ausdrücklich, die Situation von irregulären Migranten nicht nur mit Rückführung, sondern auch durch Legalisierung zu lösen. Zur Integrationspolitik fordert die Kommission, dass reguläre und langfristig bleibende Migranten voll-

ständig in die Gesellschaft integriert werden sollten.

Die Kommission, zu deren Mitgliedern auch Rita Süssmuth gehört, empfiehlt die Einrichtung einer ständigen globalen Migrationsinstanz. Dazu schlägt sie die sofortige Bildung einer Planungsgruppe vor. Diese soll den Weg für die institutionenübergreifende globale Migrationsinstanz („Inter-Agency Global Migration Facility“) ebnen, in der sowohl die bestehenden Migrationsinstitutionen wie auch migrationsrelevante Organisationen einbezogen werden sollen.

Der Bericht der Kommission soll als Grundlage für einen „High-Level Dialogue on International Migration and Development“ dienen, der im Rahmen der UN-

Bundesregierung begrüßt Migrationsbericht als Beitrag zur Versachlichung der Debatte

Für die Bundesregierung ist der Bericht der Weltkommission für internationale Migration vor allem Ansporn, in Fragen der Kohärenz von Außen-, Innen-, Handels- und Entwicklungspolitik weiter voranzuschreiten, erklärte Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul anlässlich der Vorstellung des Berichts in Berlin. „Die Diskussion über Migration wird häufig sehr emotional geführt. Deshalb begrüße ich es, dass der Bericht zur Versachlichung der Debatte beitragen kann“, sagte die Ministerin. Der Bericht zeige ganz deutlich, dass Migration ein Thema sei, das verschiedene Politikbereiche erfasst und ein kohärentes Miteinander verschiedener Länder und Regierungen erfordert.

Der Bericht unterstreicht, dass es Ziel aller Regierungen weltweit sein müsse,

erzwungene Migration zu verhindern. „Mit diesem Ziel ist ein ganz wichtiger Aufgabenbereich der Entwicklungszusammenarbeit angesprochen. Wenn wir dazu beitragen, weltweit Armut zu bekämpfen, dann können viele Menschen sich in ihrer Heimat eine verlässliche Lebensgrundlage aufbauen und müssen nicht erzwungenermaßen in anderen Ländern nach Perspektiven suchen“, betonte die Ministerin. Gleichzeitig mahnte sie, Migranten nicht als Bedrohung wahrzunehmen. „Migranten und Migrantinnen sind Brückenbauer zwischen ihren Heimatländern und den Ländern, in denen sie zeitweise leben. Sie vermitteln Wissen über Kultur und Demokratie an ihre Familienangehörigen. Daneben tragen sie maßgeblich zur wirtschaftlichen Unterstützung ihrer Angehörigen bei“, sagte Wieczorek-Zeul.

Nach Schätzungen internationaler Finanzinstitutionen liegt die weltweite Summe der Migrantenüberweisungen bei 150 bis 200 Milliarden Dollar, wobei es eine hohe Dunkelziffer gibt. „Ich unterstütze ausdrücklich den Vorschlag der spanischen Regierung, diese Finanztransfers zu erleichtern“, erklärte die Ministerin. Um ein konfliktfreies Miteinander von Migranten und Einheimischen zu ermöglichen, sind Anstrengungen zur Integration nötig. Dabei sind Migranten und Migrantinnen gefordert, alle Möglichkeiten der Integration wahrzunehmen und vor allem die Sprache des Aufnahmelandes zu lernen. Selbstverständlich müssten dazu ausreichende Angebote geschaffen werden, die auch wahrgenommen werden könnten.

ck

Vollversammlung 2006 geführt werden soll. An dem High-Level Dialogue sollen auch internationale Organisationen wie die Internationale Migrationsorganisation (IOM) sowie Vertreter der Zivilgesellschaft teilnehmen.

Kritische Reaktionen

Die Handlungsempfehlungen des Berichtes der Weltkommission sind nicht nur wohlwollend kommentiert worden, sondern auch auf heftige Kritik gestoßen. Die Handlungsempfehlungen müssten besonders auf nationalstaatlicher Ebene umgesetzt werden, betonte stellvertretend für viele andere Steven Vertovec vom ESRC Centre on Migration der Oxford University.

Die „International Herald Tribune“ bezeichnete den 96-Seiten-Bericht als „leeres Geschwafel voller politisch korrekter Phrasen“. Zwar fordere der Bericht, alle Staaten zur Achtung der Arbeits- und Menschenrechte von Migranten auf, unterlasse es aber, Staaten wie Singapur, Malaysia und Thailand, die diese Rechte systematisch unterlaufen, auch zu benennen.

Mit der Aussage „Ich bin froh, dass andere den ersten Stein warfen“, stellte sich Gregory A. Maniatis vom renommierten Migration Policy Institute (MPI) aus Washington an die Spitze der Kritiker: „Vieles in dem Bericht ist Müll“, schreibt Maniatis in einem Kommentar für das Internetforum OpenDemocracy.

Die zentrale Forderung nach einer „Inter-Agency Facility for Global Migration“ sei tief in dem Bericht versteckt und stehe, als Schmalspur-Organisation, für den Versuch, niemandem auf die Füße zu treten. Sowohl Kofi Annan als auch US-Politiker hätten den Schweden Jan Karlsson, Vorsitzender der GCIM, mehrmals vor der



Suresh Sawant, Mumbai

Forderung nach einer UN-geführten Welt-Migrationsorganisation – seiner „großen Idee“ – gewarnt. Da der GCIM ohnehin das UN-Logo auf ihrem Bericht fehlte, hätte sich die Kommission besser ganz von solchen Warnungen befreit, so Maniatis. Der MPI-Experte hält allerdings auch nichts von der großen Idee, eine neue globale Migrationsinstitution zu schaffen. Auch der indische Ökonom Jagdish Bhagwati kritisiert den Bericht der GCIM als „zu ängstlich“, wenngleich von anderer Seite. Bhagwati ist ein Verfechter einer schlagkräftigen Welt-Migrationsorganisation.

Wofür die nun vorgeschlagene kleine Lösung einer „Inter-Agency Facility for Global Migration“ genau zuständig sein soll, bleibt in dem GCIM-Bericht übrigens offen („The facility should facilitate ...“) und soll zunächst von einem Interim-Gremium geklärt werden.

In Bezug auf die anderen Empfehlungen des Berichtes werfen Gregory Maniatis und Jagdish Bhagwati der Kommission vor, in der nötigen Differenzierung und Abgrenzung versagt zu haben. Bei dem Versuch, ein komplettes Bild der „globalen“ Migration zu zeichnen, seien Prioritäten

und Fokussierung verloren gegangen. Als Folge seien alle Klischees und Details, die auf Migrationskonferenzen „von Toronto bis Manila“ diskutiert würden, aufgelistet. Dem Vergleich mit anderen großen Weltkommissionen halte die Arbeit der GCIM leider nicht stand, so Maniatis.

Lars Klatte

Lars Klatte ist freier Journalist und Politikberater in Bremen.

Dieser Beitrag erschien in zwei Teilen in der Zeitschrift *Entwicklungspolitik* 20/2005 und 21/2005. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Weitere Informationen im Internet:

<http://www.gcim.org/en/>

Termine zum Thema:

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) plant im Frühjahr 2006 eine Fachtagung zum Thema „Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts“ – eine Welt ohne Grenzen?“. Genauere Informationen finden Sie im Frühjahr 2006 im Internet unter www.dgvn.de.

Die Diskussion zum Thema Migration werden wir in den folgenden Ausgaben fortsetzen.

Migration in an interconnected world: New directions for action.

Global Commission on International Migration, Oktober 2005, 90 S.

Im Internet abrufbar unter: www.gcim.org/en/finalreport.html

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) wird Anfang 2006 eine deutsche Übersetzung des Berichts herausgeben.

Die Weltkommission für Internationale Migration

Die Weltkommission für Internationale Migration wurde 2003 eingerichtet und setzt sich aus 19 unabhängigen bedeutenden Persönlichkeiten zusammen, die auf Grund ihrer internationalen Erfahrungen im Bereich der Migration und verwandten Fragestellungen ausgewählt wurden. Die Co-Vorsitzenden der Kommission sind Jan O. Karlsson, Schwedens Minister für Migration und Entwicklung a.D., und Mamphela Ramphela aus Südafrika, ehemalige geschäftsführende Direktorin der Weltbank. Die Kommission und das Sekretariat unternahmen weit reichende Beratungen mit allen beteiligten Interessengruppen, führten regionale Anhörungen in allen fünf Kontinenten und eine Reihe themenspezifischer Seminare durch und unterhielten ein umfassendes Forschungsprogramm zur politischen Analyse.

Immer mehr Menschen – immer weniger Trinkwasser?

Wasser wird knapp. Im 20. Jahrhundert hat sich der menschliche Wasserverbrauch versechsfacht und ist damit doppelt so rasch gestiegen wie die Weltbevölkerung. Der Verbrauch übersteigt das erneuerbare Wasserangebot um mindestens zehn Prozent. Es werden also Grundwasservorräte aufgebraucht, die zukünftigen Generationen fehlen werden. Derzeit haben etwa 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und mehr als zwei Milliarden Menschen keinen Anschluss an eine Abwasserentsorgung. Die Vereinten Nationen haben im März 2005 eine Internationale Dekade „Wasser – Quelle des Lebens“ ausgerufen, um globale Probleme bewusst zu machen und Lösungskonzepte durchzusetzen. Es gilt, die Ziele des UN-Millenniumsgipfels im Jahre 2000 im Wasser- und Abwassersektor zu erreichen: die Halbierung des Anteils der nicht versorgten Menschen bis 2015.

Bisher sterben jedes Jahr mindestens fünf Millionen Menschen an wasserbedingten Krankheiten, vor allem Kinder. Für sie ist dies die häufigste Todesursache. Nach Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation WHO sterben allein 1,6 Millionen Menschen im Jahr an Durchfallerkrankungen. Auch die Cholera fordert viele Todesopfer. An Malaria erkranken jährlich 400 Millionen Menschen, besonders für Kinder kann diese Krankheit tödlich sein.

Das Bevölkerungswachstum verschärft die Probleme, wie eine Studie des indischen „Tata Energy Research Institute“ nachwies, die 2002 im Auftrag des Weltbevölkerungsfonds (UNFPA) durchgeführt wurde. Für ganz Indien und für ausgewählte Dörfer wurde gezeigt, dass die Wasserknappheit bei einer rasch wachsenden Bevölkerung stark zunimmt. Selbst unter der Annahme des niedrigsten

zu erwartenden Anstiegs der Bevölkerung wird Indien im Jahre 2025 nach UN-Maßstäben unter Wasserstress leiden. Die Versorgung der Bevölkerung mit diesem Lebens-Mittel ist dann akut gefährdet, und auch die Wirtschaft (insbesondere die Landwirtschaft) ist beeinträchtigt. Eine Befragung von Dorfbewohnern machte deutlich, dass schon heute der Wassermangel überall ein Anlass zur Sorge ist. Hinzu kommt, dass Untersuchungen ergaben, dass nur in einer Minderheit der Dörfer das Wasser ohne Gesundheitsrisiken getrunken werden kann.

Virtueller Wasserverbrauch im Norden

Wasserstress ist bisher ein Problem vor allem wirtschaftlich armer Länder. Doch jeder US-Bürger verbraucht mit mehr

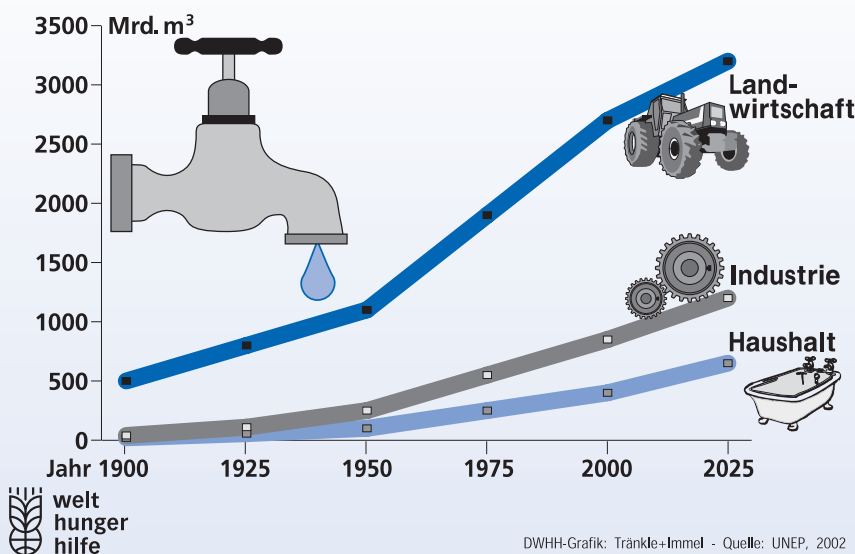
als 300 Litern am Tag zehnmal so viel Wasser wie ein Bewohner der Sahelzone. Angesichts der zunehmenden Wasserknappheit in vielen Regionen der USA, vor allem im Süden des Landes, müssen US-Bürger in den kommenden Jahren ihren Wasserverbrauch drastisch verringern. In Deutschland ist der tägliche Wasserverbrauch auf unter 130 Liter gesunken, ein Rekord bei der umsichtigen Nutzung von Wasser in Industriestaaten. Ein solch sparsamer Umgang mit Wasser bei uns scheint keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Wasserversorgung in einem Land wie Mali oder Tansania zu haben. Doch Zusammenhänge werden sichtbar, wenn man den indirekten Wasserverbrauch einbezieht, also das Wasser, das erforderlich ist, um all die Produkte herzustellen, die wir täglich verbrauchen. Das sind pro Bundesbürger im Durchschnitt ca. 4.000 Liter am Tag. Allein um ein Kilogramm Steak zu erzeugen, werden 3-5.000 Liter Wasser benötigt (vor allem für das Wachstum des Grases, das das Rind frisst, und das Wasser, das es säuft). Mit Unterstützung der UNESCO hat ein niederländisches Forschungsinstitut berechnet, dass für jede Tasse Kaffee 1.100 Tassen „virtuellen“ Wassers erforderlich sind. Auch mit der Baumwolle aus Westafrika oder den Schnittblumen aus den Andenstaaten importieren wir große Mengen „virtuelles“ Wasser aus Ländern, in denen Wasserknappheit herrscht.

Zunehmende Nutzungskonkurrenz

In vielen Regionen des Südens wächst die Konkurrenz um das knappe Wasser zwischen der Exportlandwirtschaft und Lebensmittelproduktion für den lokalen Bedarf. Mit zunehmender Bevölkerung verschärft sich dieser Konflikt, vor allem aber mit einer Produktionsausweitung für den globalen Agrarmarkt. Konflikte

Der weltweite Wasserverbrauch steigt

Vor allem für die Nahrungsproduktion wird immer mehr Wasser gebraucht



zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern werden zum Beispiel im Norden Kenias immer wieder gewaltsam ausgetragen. Entschärft werden kann die Situation durch effizientere Formen der Bewässerungslandwirtschaft (Einsparungen von 50 Prozent und mehr des Wasserverbrauchs), die Ausweitung des Regenwassersammelns („rain water harvesting“) und die Nutzung einfacher Technologien zur Trinkwassergewinnung und -aufbereitung. Die Welternährungsorganisation (FAO) propagiert weltweit solche Konzepte in der Landwirtschaft. In diesen Bereich fließen bisher mindestens 70 Prozent des menschlichen Wasserverbrauchs.

Verschiedene Lösungsansätze

Diskutiert wird, ob die Wasserprobleme durch einen grenzüberschreitenden virtuellen Wasserhandel gelöst werden können. Wasserreiche Länder sollten Produkte herstellen, für deren Erzeugung viel Wasser benötigt wird, während Länder mit Wasserstress diese Güter importieren würden, statt sie unter Einsatz von großen Wassermengen selbst zu erzeugen. Die Umsetzung dieses Konzepts wäre mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Die politisch und wirtschaftlich mächtigen Staaten müssten langfristig garantieren, Weizen- und andere Nahrungsmittellieferungen nicht länger als politische Waffe einzusetzen. Außerdem stellt sich die Frage, was aus den vielen Millionen Menschen wird, die bisher in armen Ländern wasserintensive Produkte angebaut oder hergestellt haben. Schließlich setzt das Konzept voraus, dass die wasserarmen Länder immer über ausreichend Devisen verfügen werden, um die Importe zu finanzieren.

Das Gegenkonzept besteht darin, Wasserprobleme möglichst lokal und unter aktiver Mitwirkung der örtlichen Bevölkerung zu lösen. Vor allem Frauen haben auf diesem Gebiet viele Erfahrungen, sind sie doch in den meisten Gesellschaften seit Jahrtausenden für die Wasserversorgung verantwortlich. Ihre Konzepte des Bewahrens und sorgsamem Umgangs mit dem kostbaren Nass sind in Zeiten großflächiger Wasserprojekte und High-Tech-Lösungen oft in Vergessenheit geraten, können aber neu belebt und um heutige Erkenntnisse ergänzt werden.

Erforderlich ist auch, wieder stärker die Getreidearten anzubauen, die den lokalen Boden- und Klimaverhältnissen angepasst sind und zum Beispiel auch längere Trockenperioden überstehen, ganz im Gegensatz zu den Hochleistungspflanzen aus industrieller Züchtung, die nur Erträge bringen, wenn sie kontinuierlich mit Wasser und Agro-Chemikalien versorgt werden. Ein effizienter Regenfeldbau, die Förderung von Getreidearten wie Hirse und einfache Bewässerungsmethoden können die Ernährungssicherheit wesentlich verbessern und dazu beitragen, dass mehr Menschen vom knappen Wasser leben können.

All dies bedeutet nicht, dass das Bevölkerungswachstum kein Problem für die Sicherung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in wirtschaftlich armen Ländern darstellt. Von Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird geschätzt, dass der Trinkwasser-Mindestbedarf pro Person bei etwa 50 Litern am Tag liegt. Hinzu kommt aber der Verbrauch von „virtuellem“ Wasser. Dieser Bedarf lässt sich bei rasch wachsender Bevölkerung noch weniger decken. Zu berücksichtigen ist zudem, dass der rasche Verstärkerprozess dazu führt, dass in bestimmten Regionen der Wasserbedarf das Angebot bei weitem übertrifft. Ein extremes Beispiel dafür ist die jemenitische Hauptstadt Sana'a. Hier lebten vor drei

Jahrzehnten noch weniger als 100.000 Menschen, heute sind es mehr als 1,5 Millionen, die zudem pro Kopf sehr viel mehr Wasser verbrauchen. Die Folge ist, dass der Grundwasserspiegel in weitem Umkreis der Stadt von ehemals 20 auf oft mehr als 200 Metern gesunken ist.

Wenn die Millenniumsziele der Vereinten Nationen im Wasserbereich bis 2015 erreicht werden sollen, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen erforderlich, so Investitionen in den Ausbau der städtischen und ländlichen Versorgungs- und Entsorgungsnetze und die erwähnten Maßnahmen zur Ernährungssicherung. In einem solchen Gesamtkonzept haben auch Schritte zur Verminderung des Bevölkerungswachstums eine Wirkung, für sich genommen lösen sie die Probleme nicht einmal ansatzweise.

Frank Kürschner-Pelkmann

Frank Kürschner-Pelkmann arbeitet als freier Journalist in Hamburg.

Literatur:

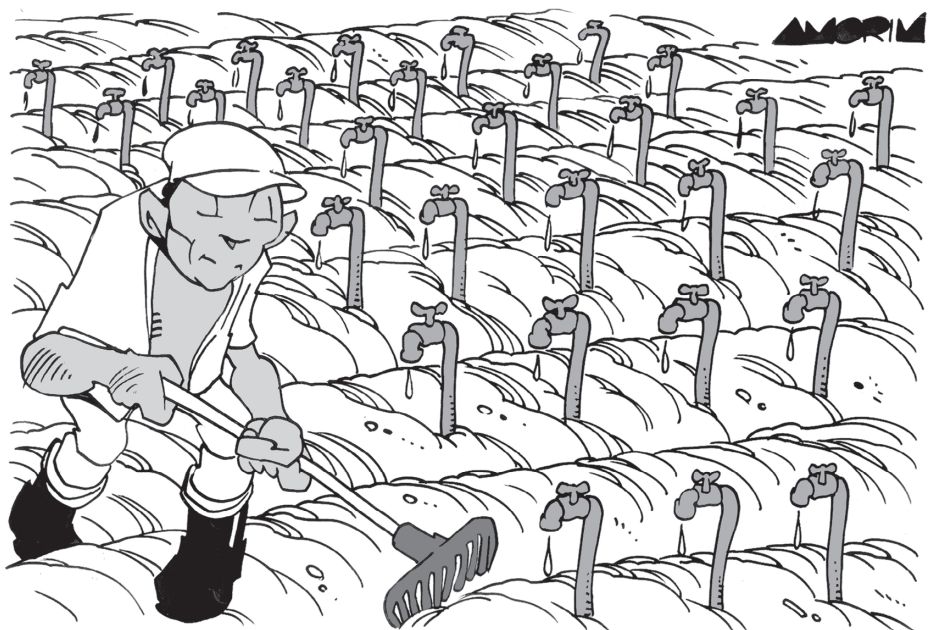
Frank Kürschner-Pelkmann: Das Wasser-Buch, Verlag Otto Lembeck, 2005

Weitere Informationen im Internet:

<http://www.un.org/waterforlifedecade>

<http://www.unesco.org/water>

<http://www.wasser-und-mehr.de>



Zeitschrift Entwicklungspolitik/Carlos Alberto da Costa Amorim, Brasilien

60 Jahre Vereinte Nationen

Die Zivilgesellschaft im politischen System der Weltgesellschaft

Mit der Zunahme der Weltbevölkerung seit 1945 ist eine räumliche Dichte entstanden, die die Bewohner dieser Welt zu einer Weltgesellschaft verschmolzen hat. Damit entstehen neue Anforderungen an die Weltordnung unter dem Dach der Vereinten Nationen, die auch Fragen nach der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die verschiedenen Organisationen des UN-Systems aufwerfen. Über den Strukturwandel in der Weltorganisation diskutierten Expertinnen und Experten auf einer Tagung Ende Oktober an der Technischen Universität Dresden, mit veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).

Zum 60jährigen Bestehen der UNO bestätigten Experten den Trend zu mehr „Inklusivität“, der sich allerdings nicht nur auf Nichtregierungsorganisationen bezieht, sondern auch auf Wirtschaftsunternehmen, die bei den Vereinten Nationen ebenfalls unter den Begriff „Zivilgesellschaft“ fallen.

Neues zum Global Compact

Mit dem „Global Compact“ als freiwilligem Lern- und Diskussionsforum wollen die Vereinten Nationen die Verantwortlichkeit von Unternehmen fördern. Um „blue-washing“ zu verhindern, darf das UN-Logo des Global Compact nur für bestimmte Zwecke verwendet werden und nicht von Unternehmen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Inaktive Teilnehmer werden auf der Website des Global Compact als solche gekennzeichnet. Das Interesse der Wirtschaft am Global Compact sei der damit verbundene Imagegewinn und die Vermeidung verbindlicher Regeln, meint Brigitte Hamm vom Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg. Das Interesse der Vereinten Nationen, dass Global Compact-Unternehmen auch einen finanziellen Beitrag zu Entwicklungsprojekten leisten, wurde aber nicht umgesetzt, betonte Sabine von Schorlemer, Pro-Direktorin des Zentrums für Internationale Studien (ZIS) der TU Dresden. Dennoch, so Hamm, könne der Global Compact als „kleiner Erfolg“ für die UN gewertet werden. Es seien „public-private partnerships“ daraus entstanden und der Global Compact sei eine „lebendige Baustelle“.

Die Rolle von NGOs

In Bezug auf die bessere Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen habe es zwar einen positiven Trend gegeben, doch sei, so Thomas Fues vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, nach dem 11. September 2001 ein „Rückschwung des Pendels“ zu beobachten. Jens Martens vom europäischen Büro des Global Policy Forums berichtete, dass in der UN-Reformdebatte die Beteiligung der Zivilgesellschaft keine

wichtige Rolle gespielt habe. Kofi Annan habe in seinem Bericht zum Weltgipfel „In Larger Freedom“ zwar mehr zivilgesellschaftliche Beteiligung vorgeschlagen, auf dem Gipfel im September in New York sei dies dann aber kein Thema gewesen. Zwar möchte man die Umsetzung von UN-Programmen durch NGOs, aber man will sie nicht an den Entscheidungsprozessen beteiligen, so Martens.

In der Staatenwelt gebe es erheblichen Widerstand gegen den Einfluss nichtstaatlicher Akteure, doch stießen laut Volker Rittberger, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Tübingen, die zwischenstaatlichen Einrichtungen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Die „Regierungslücken“ könnten durch inklusivere Organisationen geschlossen werden. Es sei eine signifikante Machtverschiebung zu beobachten: Die Staaten hätten an Macht verloren, die Regelungsbedingten nähmen zunehmend an den Regelungen teil. Um die „Input- und Outputlegitimität“ zu steigern und die Bereitstellung öffentlicher Güter zu gewährleisten, müsse der Trend zu einer inklusiveren UNO als Reformweg fortgeführt werden.

Menschenrechte und Umwelt

Den Einfluss von Nichtregierungsorganisationen im Menschenrechtsbereich untersuchte Wolfgang Heinz vom Deutschen Institut für Menschenrechte. Insgesamt gebe es rund 100 Instrumente der UN zu Menschenrechten, an denen Nichtregierungsorganisationen in unterschiedlicher Form beteiligt sind, z.B. an Fakultativprotokollen in Bezug auf Kinderrechte. Allgemein sei der Zugang von Nichtregierungsorganisationen zu den Vertragsorganen kaum formal fixiert. Nur ganz selten hätten sie in Ausschüssen einen festen Status, aber in der Praxis oft Zugang zu einzelnen Ausschussmitgliedern. Bei einem Wechsel der Zusammensetzung des Ausschusses könnten sie allerdings schnell wieder „raus sein“, weshalb eine gewisse Festschreibung sinnvoll sei.

Die stärkste „NGOisierung“ der Politik beobachtete Franz Nuscheler vom Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg, im Umweltbereich. Auf diesem „Nebenschauplatz“ (der angesichts des Problemdrucks kaum noch als solcher bezeichnet werden könne und ins Zentrum des UN Systems gehöre) seien die Nichtregierungsorganisationen Bündnispartner der UN und waren bei vielen Abkommen im Umweltbereich maßgebend. Sie verfügten über eine hohe Akzeptanz und Expertise, doch angesichts der Krise des Multilateralismus werden sie keinen Zugewinn an Einfluss erzielen können und auch ihr Expertise-Vorsprung gehe zurück. „Es steht nicht gut um den Geist von Rio“, meint Nuscheler. Auf Druck der Länder des Südens sei es zu einer Marginalisierung durch die Millenniums-Entwicklungsziele gekommen: Umweltthemen spielen kaum noch eine Rolle. Deshalb müssten sich die Nichtregierungsorganisationen eventuell neue Bündnispartner suchen, z.B. im Weltwirtschaftsforum. Die Frage nach der Legitimität nichtstaatlicher Akteure beantwortete Nuscheler klar: „Nicht als Sachwalter sondern als Akteure einer pluralistischen Gesellschaft haben sie ihre Berechtigung. Die Staaten sollen Verantwortung tragen für das was sie tun, und die NGOs sollen sie zur Rechenschaft ziehen.“

Christina Kamp

Literatur/Materialien:

In Larger Freedom. Bericht des UN-Generalsekretärs, New York, März 2005.

www.un.org/largerfreedom/contents.htm

In deutscher Übersetzung:

In größerer Freiheit. DGVN, Blaue Reihe Nr. 90, 2005, 70 S. 2,50 EUR.

Bestellung: <http://www.dgvn.de/publikationen/dgvn-br-o.htm>

Eine Kurzdokumentation der Konferenz „Wir, die Völker...“ - Strukturwandel in der Weltorganisation finden Sie im Internet unter <http://www.dgvn.de/veranstaltungen/dgvn-veranstalt-2005.htm>

Handeln für soziale Gerechtigkeit

Social Watch Report Deutschland 2005

Zehn Jahre nach dem Weltgipfel für soziale Entwicklung in Kopenhagen und fünf Jahre nach dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen zieht der im Oktober erschienene Social Watch Report Deutschland 2005 eine eher ernüchternde als ermutigende Zwischenbilanz. Unter dem Motto "Handeln statt Versprechen" werden aus weltweiter Perspektive Fragen von sozialer Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung thematisiert.

Die Bemühungen Deutschlands, zur Armutsbekämpfung beizutragen, werden zwar grundsätzlich anerkannt. Doch habe die deutsche Politik ihre Chancen zur Bewältigung der weltweiten Zukunftsaufgaben Armutsbekämpfung, nachhaltige Entschuldung, gerechte Handelspolitik und ein neues internationales Ordnungssystem unter Führung der Vereinten Nationen nicht hinreichend genutzt.

Die von der Welthandelsorganisation (WTO) vorangetriebene Handelsliberalisierung füge vielen Ländern des Südens weiterhin großen Schaden zu. Sie ziehe Menschenrechtsverletzungen nach sich, verhindere Entwicklung und habe allein die Volkswirtschaften in Afrika südlich der Sahara in den vergangenen 20 Jahren etwa 272 Milliarden US Dollar gekostet.

Auch Geschlechtergerechtigkeit sei zehn Jahre nach dem Weltsozialgipfel und nach der 4. Weltfrauenkonferenz noch längst nicht hergestellt, weder in Ländern des Südens, noch in der Europäischen Union und in Deutschland. Trotz einer zunehmenden Teilhabe von Frauen an Bildung und Beschäftigung seien Frauen noch immer nicht gleichgestellt, wo es um soziale und wirtschaftliche Macht geht, so die deutliche Kritik.

Der zum fünften Mal erschienene Bericht wird von Social Watch Deutschland herausgegeben, einem Zusammenschluss von 28 entwicklungs- und sozialpolitischen Organisationen und Institutionen, politischen Stiftungen und Gewerkschaften.

Thomas Döhne

Social Watch Report Deutschland 2005: Handeln statt Versprechen - Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung.
2005, 166 S., ISBN 3-924493-63-4.

Bezug: info@eed.de

Über die rassistische Natur der Bevölkerungsdebatte

In der aktuellen Bevölkerungsdebatte erscheinen Menschen meist als Beitrag zu einer drohenden Katastrophe. Gleichzeitig wird in vielen Ländern Europas der Rückgang der Bevölkerung beklagt. In ihrem Buch „Bevölkerungswachstum als globale Katastrophe. Apokalypse und Unsterblichkeit“ untersucht Bettina Rainer, welches Natur- und Menschenbild den Debatten über die so genannte Bevölkerungsexplosion zugrunde liegt.

Sie zeigt auf, dass es bei der Bevölkerungskontrolle – einem, wie sie feststellt, etwas „anrühigen“ Begriff, der inzwischen weitgehend durch den Begriff Familienplanung ersetzt wurde – jedoch keineswegs nur um quantitative Aspekte geht. Vielmehr ginge es bei Familienplanungsprogrammen um die Senkung der Geburtenraten bestimmter Menschen. Implizit werde Überbevölkerung bei Menschen verortet, die nicht weißer Hautfarbe sind und/oder nicht dem westeuropäischen Kulturkreis angehören und/oder keine Christen sind – also beim weitaus größten Teil der Menschheit. Im Rahmen des Überbevölkerungsdiskurses würden Schwarze und insbesondere Frauen, die sichtbar neues Leben auf die Welt bringen, als „ungebändigte Natur“ und „störende Elemente für die angestrebte globale Ordnung“ konstituiert, die das Überleben der Menschheit durch ihre (Über-)Fruchtbarkeit gefährden.

Die Autorin weist darauf hin, dass dem Bestreben, bestimmtes (armes, Schwarzes oder behindertes) Leben nicht auf die Welt kommen zu lassen, unter anderem rassistische, sexistische, sozial hierarchische und behindertenfeindliche Denk- und Handlungs-

muster zugrunde liegen. Sie interpretiert diese im Kontext der Unsterblichkeitsbestrebungen der modernen westlichen Kultur. So falle der Aspekt des „erwünschten Mehr“ tendenziell den weißen Menschen der „fortgeschrittenen, zivilisierten Welt“ zu, aber auch dies nicht unterschiedslos. In den Industrieländern werde das Horrorszenario eines Aussterbens der Deutschen, der WASP (der Gruppe der weißen, angelsächsischen Protestanten in den USA) oder der 'weißen Rasse' überhaupt an die Wand gemalt. Nach Ansicht der Autorin greift ein rein pragmatisch-funktionales Verständnis des Überbevölkerungsdiskurses aber zu kurz. Er diene nicht nur als Herrschaft sicherndes Instrument staatlicher und supranationaler Politik, sondern stehe in einer langen abendländischen Tradition der Beherrschung von Leben und Tod durch den Geist. Mit Versuchen, z.B. durch Gen- und Reproduktionstechnologien und durch Euthanasie nur noch perfektem Leben die Reproduktion zu ermöglichen, werde letztlich versucht, sich der Unsterblichkeit zu bemächtigen.

Christina Kamp

Bevölkerungswachstum als globale Katastrophe. Apokalypse und Unsterblichkeit.

Von Bettina Rainer. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 2005, ISBN 3-89691-582-7, 439 S., 35,00 EUR.